

13.02.2017

## Eilantrag

der Fraktion der CDU

**Unbesetzte Lehrerstellen können nicht unterrichten, unbesetzte Polizistenstellen nicht für mehr innere Sicherheit sorgen! Die Landesregierung muss unverzüglich ein Konzept zur schnellstmöglichen Besetzung der offenen Stellen im Landesdienst vorlegen!**

### I. Ausgangslage:

Die Rheinische Post titelt in ihrer Ausgabe am 13. Februar 2017 „Hunderte Lehrerstellen in NRW unbesetzt“. Wie der Artikel ausführt, sind über 7.800 Stellen in der Landesverwaltung zum 1. Januar 2017 unbesetzt. Hiervon entfallen fast 1.000 Planstellen auf Beamtinnen und Beamte bei der Polizei und über 4.300 Stellen auf den gesamten Schulbereich. In diesen Zahlen ist die Stellenausweitung, die mit dem Haushalt 2017 beschlossen wurde, noch nicht einmal enthalten. Gleichzeitig sind zum 1. Januar 2017 nur 888,5 Planstellen und Stellen ausgeschrieben.

Im Schulbereich konnten die Stellen nicht nur nicht besetzt werden, sondern wurde sogar noch Personal abgebaut. Die tatsächliche Personalausstattung im gesamten Schulbereich ist trotz der mit der schulischen Inklusion und der hohen Zahl von Flüchtlingskindern verbundenen Herausforderungen im Vergleich zum 1. Januar 2016 – also innerhalb der letzten 12 Monate – um 335 Bedienstete zurückgegangen.

### II. Der Landtag stellt fest:

Trotz der vielen Bekundungen, Ankündigungen und Versprechen der Landesregierung, die Polizei und die Schulen personell zu stärken, zeigen die veröffentlichten Zahlen ein anderes Bild.

### III. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung hat dem Landtag unverzüglich ein Konzept zur Besetzung der unbesetzten Stellen vorzulegen. Darüber hinaus muss die Landesregierung sofort Transparenz über die tatsächliche Stellenbesetzung im Geschäftsbereich der Justiz

Datum des Originals: /Ausgegeben:

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

mit den Gerichten, den Staatsanwaltschaften und den Justizvollzugsanstalten schaffen. Gleiches gilt für die tatsächliche Besetzung der Angestelltenstellen bei der Polizei.

Lutz Lienenkämper  
und Fraktion